

leger mit umwechselbarem, jährl. gestelltem Grotz und Epheuborsten-beim. Quarkst. an beiden Enden. (Gm.) Grotzenhain. Auf dem Wochenmarkte am Sonntagabend hielten sich die Preise pro Pfund wie folgt: Kuebel 1,00-2,50 M., Birnen 1-2 M., Butter, Stüchchen 14,50 bis 15,50 M., Gurken, laure (neue) das Stück 1,00-1,50 M., Karotten, junge, 80 Wg., Kartoffeln, neue, 65-70 Wg., Blumenkohl, hiesiger, Kopf 1-4 M., fremder 6-8 M., Kohlrabi (hunger) Kopf 0,40-1,00 M., Wollkraut, hiesiges, 1,00-1,20 M., fremdes 1,30-1,50 M., Weiskraut, hiesiges, 80 Wg., fremdes, 1,20 M., Weiskraut 80 Wg., Meerrettich 6 M., Möhren 3 Wg., Risse 6-8 M., Sandarindchen 3 M., Champignons 3 M., Radisches Wäddchen 80 Wg., Bayerische Bierrettiche Stück 5-30 Wg., Salat, hiesiger, Straube 50 bis 60 Wg., Schellfisch m. R. 4 M., Rotbarsch o. R. 2,80 M., Seelachs o. R. 3,50 M., kleine Karpfen Stück 0,50-3,00 M., Sellerie 1,50 M., Spinat 1 M., Tomaten 1,20-1,50 M., Zwiebeln 1 M.

Schnitt. Der Schriftleiter Höffel, der an einer tiefen Keltung angefallen war, ist am Freitag nacht im Hofe eines Restaurants erschlagen aufgefunden worden. Welche Nachrichten liegen noch nicht vor. Höffel war früher in Dresden als Schriftleiter tätig.

Johann Georgenstadt. Beim Fußballspiel getreten zwei Schulknaben in Streit, in dessen Verlaufe der eine den achtjährigen Schulknaben Krauß zu Boden warf und ihm Faustschläge und Fußtritte in den Unterleib versetzte, so daß der Knabe erkrankte und an den erlittenen Verletzungen starb. Seine Leiche ist, da gegen den beteiligten Schulknaben ein Strafverfahren eingeleitet worden ist, gerichtlich festgesetzt worden.

Leipzig. Auf dem Augustusplatz fand Sonntag mittag ein von den Vereinigten Verbänden heimattreuer Oberlehrer, Ortsgruppe Leipzig, veranstalteter, trotz des ungünstigen Wetters zahlreich besuchter Protestkundgebung gegen die Berufsdarstellung Oberlehrers statt, in der Redner verschiedener Parteien und Berufsstände das Wort ergrieffen und gegen die allen Betreuungen des Selbstbestimmungsrechtes der Väter höhnsprechende Verschärfung deutschen Bundes Verwahrung einlegten. Sämtliche Redner, unter denen sich auch einige Delegierte der A. S. hier abgehaltenen Reichstagsung der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberlehrer befanden, brachten unter wiederholten lebhaften Zustimmungsrufen aus der Versammlung zum Ausdruck, daß den oberlehrerlichen Stammesbrüdern unter allen Umständen die Treue gehalten und ihnen mit allen Mitteln Hilfe gebracht werden müsse. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wird gegen den unerhörten Verstoß von Genf und Paris protestiert und Beseitigung für das deutsche Volk und die deutschen Brüder in Oberdeutschland verlangt.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Eine Konferenz zur Bekämpfung des Oberleibes. Nach einer Meldung des Londoner „Star“ soll zu Anfang des nächsten Jahres eine Konferenz in Rom stattfinden, die unter dem Vorsitz des Kardinals Mercier sich mit der bereits so vielerörterten Frage beschäftigen wird, die Felle des Oberleibes auf ein bestimmtes Datum festzusetzen. Die Bestrebungen zu dieser Kalenderreform sind ja besonders von deutscher Seite bereits vor dem Kriege eifrig aufgenommen worden, und im vergangenen Jahre brachte sogar Lord Pemberton im Oberhaus einen Gesetzentwurf ein, der die Festlegung von Staatswegen forderte. Es bestanden aber bisher noch immer Unstimmigkeiten zwischen den verschiedenen Glaubensbekenntnissen; man hoffte aber nun, diese Gegensätze beseitigen zu können und wirklich zu einer festen Datierung von Ostern zu kommen.

Parität der Deutschen Volkspartei. Der wegen der innerpolitischen Lage aufgeschobene Parteitag der Deutschen Volkspartei wurde auf den 1. und 2. Dezember nach Stuttgart einberufen.

Die amerikanischen Truppen am Rhein. Die gegenwärtig 13 500 Mann stark sind, sollen, wie Reuters aus Washington meldet, bis Mitte März 1922 allmählich bis auf etwa die Hälfte zurückgezogen werden.

Die Befestigungsfelder in München. Für die am Donnerstag stattfindende Befestigung des vormaligen Königs Ludwig von Bayern und seiner ihm im Tode vorausgegangenen Gemahlin im Münchener Dom werden Vorbereitungen in großem Maßstabe getroffen. Ein Arbeitsausschuß aus bekannten im öffentlichen Leben lebenden Persönlichkeiten richtet an die Bevölkerung Bayerns in Stadt und Land die Bitte um zahlreiche Beteiligung am Traverzwege, der sich von der Ludwigskirche über den Königsplatz zum Dom bewegen wird.

Bulgarien.

Der Minister Dimitrow ermordet. Während einer Fahrt von Sofia nach Rüstendil wurde der bulgarische Minister Dimitrow ermordet.

Türkei.

Ein französisches Abkommen mit dem Kemalisten. Aus Angora wird gemeldet, daß gestern zwischen den Kemalisten und Frankreich ein Abkommen unterzeichnet worden ist, worin Frankreich seine Zustimmung zu einer Grenzänderung, welche jetzt der Bagdad-Linie bis Kistidin folgen soll, gegeben hat. Die Franzosen haben sich die Verwaltung und den Betrieb der Bagdad-Bahn vorbehalten.

Frankreich.

Kommunistische Protestkundgebung. Die Kommunisten von Paris veranfaßten gestern in Maillet eine Protestkundgebung gegen die Beurteilung italienischer Anarchisten in den Vereinigten Staaten. Die Manifestanten, deren Zahl sehr gering war, wurden ohne Schwierigkeit verstreut. Die Polizei nahm sechs Verhaftungen vor.

Russland.

Streik in der Fleischkonservenindustrie. Das Ergebnis einer Abstimmung für oder gegen den Streik in der Fleischkonservenindustrie ergab 35 354 Stimmen für den Streik und 3490 Stimmen gegen den Streik.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 24. Oktober 1921.

Ein Birkus-Zeit gerührt.

Planen. Durch den Sturm, der Sonnabend und Sonntag hier herrschte, wurde das Zeit des Birkus (Sarsank), das auf dem Hofe der Kaiserin des ehemaligen Infanterieregiments Nr. 134 aufgestellt war, gerührt. Der Birkus hat die Barkeklagen abgedrückt und wird Planen in den nächsten Tagen verlassen.

Veränderung des Streiks in der thüringischen Metallindustrie. **Wöhringen.** Der dreiwöchige Streik der thüringischen Metallarbeiter dürfte am Montag mit der Wiederaufnahme der Arbeit zu Ende gehen. Die Abstimmung in Wöhringen hat das Ergebnis gehabt, daß die Hälfte der Streikenden für die Wiederaufnahme der Arbeit unter der Bedingung gestimmt hat, daß keine Maßregelungen erfolgen und alle Ausgesperrten wieder eingestellt werden.

Der Putz in Ungarn.

Die Intervention der Kleinen Entente. **Paris.** Es fragt sich, ob die beiden großen Staatenbünde auch den Willen und die Macht haben, ihren Ver-

berungen den nötigen Nachdruck zu verleihen. Bei den Staaten der Großen Entente ist dies durchaus fraglich. Das Zentrum des Widerstandes, falls ein solcher tatsächlich zustande kommt, ist diesmal Belgrad. Südbalkanien steht nicht durch die Ereignisse in Ungarn direkt bedroht, zumal es noch nicht gelungen ist, die Kroaten, die früher mit Ungarn gemeinsam lebten, an sich zu ziehen. Der Ministerrat in Belgrad hat deshalb sofort alle verfügbaren Truppen zusammengezogen und die Mobilmachung mehrerer Divisionen angeordnet. Am Sonntag fanden beim serbischen Minister des Äußeren zahlreiche Konferenzen mit den Vertretern der Entente-Staaten und der tschechoslowakischen Republik statt. Die Vertreter der Großen Entente gaben aber den Rat, nichts zu überhellen. Es ist jedoch möglich, daß die Kleinen Entente sich entschließen wird, in dieser Frage, in der sie ihre Lebensinteressen bedroht sieht, ohne die Großen Entente vorzugehen. Südbalkanien hat die Mobilisierung von drei Armeekorps angeordnet. Die Mobilmachung der übrigen Truppen steht bevor. Der Draht zwischen Belgrad und Prag spielt ununterbrochen.

Wag. Nach einem Telegramm hat die tschechoslowakische Regierung die Mobilmachung angeordnet. Man glaubt, daß die Bekanntmachung unmittelbar bevorsteht. Tatsächlich sind die telegraphischen Verbindungen von der Tschechoslowakei nach Deutschland unterbrochen, was auf den Beginn der Mobilmachung zu deuten scheint. Am Abend wurde in Prag eine neue Erklärung abgegeben, nach der alle zur Wahrnehmung der Interessen der Republik nötigen Maßnahmen getroffen sind.

Tirol in Bereitschaft.

Junsdruck. Hier wurde angelehnt der Befehl eines monarchistischen Bundes ein republikanischer Ausschuss eingesetzt. Am Sonnabend wurden alle öffentlichen Gebäude durch bewaffnete Arbeiter mit Wachposten besetzt. Auch die Garnison stand in Bereitschaft. Zu Wöhringen ist es bisher nicht gekommen. Allgemein wird geglaubt, daß die Monarchisten den Augenblick zum Losbrechen verpaßt haben, da die Bewaffnung aller republikanischen Organisationen jetzt durchgeführt ist. Die Landesregierung ist zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengetreten und beschloß für den Fall, daß es auch in Österreich zu einem monarchistischen Aufstand kommen sollte, sich von Österreich zu trennen.

Strohenbahnungslück in Paris.

Paris. Durch den Zusammenstoß eines Strohenbahnwagens mit einem Privatwagen wurden gestern Abend drei Personen getötet.

Die Vorkonferenz einberufen.

Paris. Die Vorkonferenz ist für heute zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen, um sich mit der durch die Ereignisse in Ungarn entstandenen Lage zu befassen. Die hiesige Presse erinnert bei dieser Gelegenheit daran, daß die Vorkonferenz gelegentlich des im April unternommenen Versuches Karls, die Herrschaft an sich zu reißen, die Erklärung veröffentlicht hat, eine Deklaration der Döbberger würde die Grundlage gefährden, auf der der Friedensvertrag aufgebaut sei, und könne deshalb von den Alliierten weder anerkannt noch gebilligt werden. Es habe sich inzwischen nichts ereignet, was die Haltung der Alliierten zu dieser Frage ändern könne, und deshalb sei zu erwarten, daß die Vorkonferenz nicht säumen werde, die nötigen Maßnahmen zu treffen, um das Abenteuer zu verhindern. Immerhin lassen die Kommentare namentlich der rechtsstehenden Organe erkennen, daß man in gewissen französischen Kreisen der Entmutigung der Dinge keineswegs so ablehnend gegenübersteht, wie man sich nach außen hin den Anschein zu geben versucht.

Frankreichs Politik.

Paris. Der Führer der radikalen Abgeordneten Herriot hielt gestern in Laroche eine Rede, in der er u. a. sagte: Die Republik hat den Krieg gewonnen; sie muß auch den Frieden organisieren. Die Gefahr wird nicht von dem Deutschland von heute kommen, das entwaffnet und geschwächt ist; sie wird von dem wieder aufgebauten Deutschland in höchstens zehn Jahren kommen. Wir müssen darum wachen und vorausschauend. Aber man darf in Frankreich nicht eine Agitation treiben lassen, die gefährlich und verwerflich wäre. Wie unser Land hart bleiben will, muß es auch weich bleiben. Für Herriot ist das augenblickliche Problem, den Rhein zu überwinden. Nordfrankreich zu verwalten und zu reorganisieren als das Referat der Zukunft, aber sich nicht auf ferne Abenteuer und auf militärische Experimente einzulassen.

Frankreich und die deutsche Regierungskrise.

Paris. Gustave Hervé schreibt im „Welt Pariser“, die deutsche öffentliche Meinung habe vom Reichstagsler Birch einen eskalanten Protest verlangt. Der Reichstagsler sei zurückgetreten. Wenn die Rechts-Parteien aus Ruder kämen, würden sie die Lage Deutschlands verwirren und erschweren. Nachdem die deutschen Republikaner ihren Protest losgelassen hätten, müßten sie begreifen, daß die einseitige Politik, die sie verfolgen könnten, die sei, die der Reichstagsler seit einigen Monaten betrieben habe. Lokale Ausführung des Ultimatums, Unterwerfung unter das Unvermeidliche, das allein eine Entpannung von französischer Seite herbeiführen und die allgemeine Stabilisierung Europas und damit die Wiederaufnahme der Geschäfte in der Welt beschleunigen. Das könne aber auch das republikanische Regime in Deutschland bestreiten. Mit oder ohne die Deutsche Volkspartei sei das die einseitige Politik, die Deutschland vor einer größeren Katastrophe bewahren könne.

Die irische Frage.

London. Einer Blättermeldung zufolge hat Lloyd George nach Dublin eine Botschaft geschickt mit der Anfrage, ob die Sinnfänger sich weigern würden, irgendein Abkommen abzuschließen, das den Gehorsam gegen die britische Krone einschließt.

Deutschland und die Abrüstungskonferenz.

London. Der New Yorker Korrespondent des „Daily Express“ will erfahren haben, daß man in Washington die Frage der Einladung Deutschlands zur Abrüstungskonferenz erörtert habe, um eine befriedigende Vereinbarung zu erzielen, die die Zurückziehung aller alliierten Truppen vom Rheine gestatten würde. Es verlautet, daß Amerika diesen Vorschlag sehr billige.

Eine englische Stimme zum Regierungswechsel.

London. Zum Rücktritt des Kabinetts Birch schreibt der „Observer“, es sei im Interesse der Vernunft, zu wünschen, daß Birch wieder ans Ruder komme. Dies liegt sehr im Interesse Deutschlands. Birch sei die bei weitem härteste und befähigteste Persönlichkeit, die die Nachkriegspolitik Deutschlands aufzuweisen habe.

Bermischtes.

Die Diebstahlsbande der Riviera. Die größte Bande internationaler Juwelendiebe wird von der Pariser Polizei eine Organisation genannt, der man jetzt auf die Spur gekommen ist. Man hat in Paris, wo der Mittelpunkt der Organisation sein soll, einen Mann namens Malvo verhaftet, der bereits seit längerer Zeit als ein hoch gefährlicher Verbrecher bekannt ist. Der größte Teil der aufsehenerregenden Juwelendiebstähle, die während der letzten zwei Saisons in den vornehmen Hotels Riviera verübt wurden, führen auf diese Spur zurück. „Alle Mitglieder der Diebstahlsbande“, sagt ein Pariser Detektiv, der bei der Entdeckung be-

teiligt war, „sind hochkulturelle Personen, die sich sowohl als Gentleman wie als Damen von Welt in den feinsten Gärten bewegen können, ohne aufzufallen. Sie sind vorzügliche Tänzer, gemessige Kartenspieler, elegant gebildete Journalisten und Redner. Sie im Gesellschaftlichen eine herausragende Rolle spielen. Sie arbeiten mit Hotelangestellten zusammen, die sie durch Liebesbündnisse durch Verheiratung eines Gewinnanteiles sich gesüßigt machen. Die Organisation der Bande erstreckt sich nicht nur über ganz Europa, sondern auch bis nach Nord- und Südamerika.“

Eine Frage an Cadorna. Die italienischen Blätter durchbraut ein Entwürfskürsur über eine militärische Anfrage an den langjährigen Oberkommandanten der italienischen Armee während des Krieges, den General Cadorna. Dieser erhielt eines Tages einen Brief folgenden Inhalts: „Der Minister bittet Sie, ihm wissen zu lassen, ob Sie bereits das Kriegsvorbereitungsbüro besetzt. Im Falle, daß Sie es noch nicht haben, wollen Sie bitte angeben, ob Sie an der Front gewesen sind, wie lange Sie sich in der Feuerzone befunden haben und an welchen Schlachten oder Gefechten Sie teilgenommen haben.“ Unterzeichnet war dieses Schreiben im Auftrag des Ministers mit der höchsten unsterblichen Unterschrift. Der General begnügte sich damit, nachdem er den Brief sehr erkannt gelesen hatte, ihm an den Minister mit dem Bemerkten zurückzuschicken: „Zurück in der Annahme, daß das Schreiben dem Adressaten durch einen Irrtum zugestellt worden ist.“ Die italienische Presse will sich aber über diesen sehr erheblichen Irrtum nicht so leicht beruhigen, und es ist ja jedenfalls ein hartes Stück, wenn man einen Oberbefehlshaber der gesamten Streitkräfte eines Landes, der mehrere Jahre seine Heere geführt hat, auffordert, anzugeben, ob er an der Front war und schon das Verdienstkreuz besitzt. Die Sache führte zu einer Anfrage an den Kriegsminister im Parlament, und dieser wußte nicht anders zu seiner Entschuldigung anzubringen, als daß der Brief ohne sein Wissen von einem „untergeordneten Organ“ abgefaßt worden sei. Dieses „untergeordnete Organ“ kann aber gar nicht so untergeordnet sein, wenn es im Namen des Ministers zeichnen kann, und die Blätter fordern daher die Bestrafung des Schuldigen, „wenn man nicht will, daß die Verantwortung die Minister weiter zu lächerlichen Höhen macht, indem sie sie zu ihren Zwecken mißbraucht.“ Der heilige Bureaurokrat hat sich da wirklich ein hartes Stück geleistet, aber Rehnlich soll auch in andern Ländern vorkommen.

Welch sind die besten Ehemänner? Ein Jungweib befragt in einem englischen Blatt das Heften einer Statistik, durch die mit Sicherheit festgestellt werden kann, inwieweit das Eheglück nach dem Beruf des Mannes abhängt. Im diesem Mangel nach seinen Kräften abzuhelfen, hat er eine große Anzahl von Frauen über dieses Thema befragt, und die Antworten, die er mittelst, mögen ihre Berechtigung haben, wenngleich man den Jungweibchenstand des Verfassers nicht vergessen sollte. Nach seinen Erfahrungen werden von den Ehemännern diejenigen Berufsstände genannt, die die glücklichsten angesehen, in denen sie - viel unterwegs sind. An der Spitze der Liste stehen also Rechtsanwalt, Kerze mit guter Praxis, Geschäftsführender und Geschäftsführender, von denen es freilich nicht allzu viele gibt. Weniger Aussicht auf eine glückliche Ehe bieten die Berufe, die dem Mann gestatten, sehr viel zu Hause zu sein, wie z. B. Universitätsprofessoren, Privatlehrer, Schulpflichter, Geistliche, Männer ohne ausgesprochene Beschäftigung. Wenn man voraussetzt, daß alle Ehen unter den gleichen Bedingungen eines glücklichen Verlaufes geschlossen werden, sagt unser Gewährsmann, „so darf man wohl annehmen, daß die Abwesenheit des Ehemannes dazu geeignet ist, das eheliche Glück zu verheeren und zu verlängern. Eine ebenso kluge wie weischaunende junge Frau hat einmal bemerkt: „Es ist ein furchtbarer Gedanke, beim Frühstück jeden Morgen 40 Jahre lang in dieselbe Gesicht sehen zu müssen.“ Und doch war das glücklichste Ehepaar, das ich überhaupt kennen gelernt habe, ein Weiblicher und seine Frau, die 30 Jahre lang zusammen gelebt haben, ohne daß eins von dem andern jemals mehr als 48 Stunden getrennt war. Leuchtsturmwärter sind vorzügliche Ehemänner. Ich habe wohl ein Dutzend von ihnen gekannt, und jeder war in seiner Ehe ausnehmend glücklich. Sie verbringen sechs Wochen mütterlichenfalls auf einem Felsen und dann höchstens 14 Tage bei ihrer Familie. Diese 14 Tage sind reich wie neue Silberstücke. Gutsbesitzer, die niemals sich weit von ihrem Heim entfernen, sind auch meistens gute Ehemänner, selbst wenn sie ohne Liebe geheiratet haben, wie das auf dem Lande nicht selten ist. Der Gutsbesitzer und seine Frau sind nämlich gewöhnlich in ihrer Arbeit eng aufeinander angewiesen, und es scheint fast, als ob Mann und Frau, wenn sie ein gemeinsames Interesse haben und sich beide derselben Arbeit widmen, nicht so von dem Beruf des Mannes abhängig sind. Jedenfalls ist ein solches Zusammenleben auf der Grundlage der gemeinsamen Interessen mehr zu empfehlen als die häufige Abwesenheit des Mannes und das kurze Glück des Wiedersehens.“

Sport.

Fußball. Nieser Sportberlin. 1. Elf - Sportbrüder 1. Dresden (Kreisläufer 1. Klasse) 1:1. 2. Elf - Spielvereinigung Waldheim 1:2. 3. Elf - Spielvereinigung H. 2:1. 3. - Jugendausflug: Unter dem unfreundlichen Herbstwetter des gekrümmten Tages, Regen und Sturm, litten die Spiele ganz erheblich. Jugendabteilung: Die 1. und die 2. Jugendmannschaft wickeln zum Verbandsspiel in Rührlitz und brachten die Punkte mit 1:0 und 2:1 heim. Rührlitz 1. Jgd. verteidigte tapfer und unermüdet und ließ mehrere Erfolge der Gäste nicht zu. Anabenabteilung: Die 1. Anabenmannschaft gewann in Gröblich gegen S. B. Gröblich 1. Anaben 6:0. Strömender Regen in der 1. Halbzeit und demzufolge ein schwerer Ball und ungenügender Boden machten den beiden Mannschaften ihre Aufgaben nicht leicht. Die Kleinen waren aber beiderseits recht eifrig. Die zusammengesetzte 2. und 3. Anabenmannschaft war unter ähnlichen Umständen in Niesla gegen S. B. Niesla 2:1. Anaben mit 2:1 erfolgreich. NSU. 3. Anaben spielten am Mittwoch gegen eine Schülermannschaft 4:0. Bayern. Bogen ist die beste Selbstverteidigung. Bogen hält Körper und Geist. Der Niesler Sportverein e. V. beschäftigt eine solche Abteilung ins Leben zu rufen, er hat dazu als Leiter einen der besten mitteldeutschen Bogenschützen verpflichtet. Interessenten wollen sich am Mittwoch mittags 8 Uhr im Schützenhof (Bereitschaftszimmer) einfinden.

Spurlos verschwunden
Das alle Notstandsmaßnahmen z. Fortschreiten, wie Misset, Krimm, Paris, Pichin, Gendarmen, Bismarck usw. durch die. Gebrauch der alle 2011
Stadenpferd - Teerschwefel - Seife
von Bergmann & Co., Kadenhau. Druck zu haben.

Gandel und Werkstätten.

Wie wir aus dem verschiedentlich Gesagten und Gehörten feststellen können, breitet sich die Firma E. G. Schaubert & Co. in Dresden in ganz besonderer Art und Weise aus. Die Firma wurde bereits im Jahre 1788 gegründet und nach dem im Jahre 1910 erfolgten Ableben des Herrn Konrad Schaubert von dessen Erben in Form einer Kommanditgesellschaft weitergeführt. Im Jahre 1915 überließ die Firma in ihr neues, erstklassig gebautes Geschäftshaus auf der Friedrichstraße Nr. 63 (gegenüber dem Friedrichshafen)

Zentral-Lichtspiel-Theater Gröba.

Das Lied von der glutroten Blume

Heute unwiderrufflich letzter Tag: Gollath Armstrong VI. Teil „Kathari“, Dienstag bis Donnerstag der schwedische Großfilm.
 Nach der eigenartigen Größung des finnischen Dichters Johannes Vinnankoski in 6 Akten.
 In der Hauptrolle der schwedische Künstler Carl Gasson. — Dazu ein erstklassiges Lustspiel.
 Vorstellungen: 7 und 9 Uhr, Einlaß 6%, 10%. Um gütigen Zuspruch bittet die Besizerin Hans Seb.

Hauptstraße **Kammer-Lichtspiele** Hauptstraße

Nur noch heute: Das Doppelprogramm „Gora das Raschmenmüdel“ sowie „Das Fest der Hofsta“ mit Eva Mars in der Hauptrolle.
 Ab morgen Dienstag bis Donnerstag:
Das Geheimnis der 6 Spielfarten
 5. Teil „Gora-Adria“. Spannend von Anfang bis Ende.
 Als Beiprogramm ein köstliches „Karlchen“-Puffspiel.
 Kaffe geöffnet ab 7 Uhr, heute ab 4 Uhr nachmittags.
 Seitiges Kommen sichert einen guten Platz.
 Um gütigen Zuspruch bittet der Besizer.

Donnerstag, den 3. Novbr. 1921, 8 Uhr — Stern-Saal
Sinfonie-Konzert
 ausgeführt vom
Grottrian-Steinweg-Orchester aus Leipzig
 50 Künstler — Leitung: Kapellmeister Julius Goldberg

Berlioz, Ouvertüre z. „Benvenuto Cellini“; Liszt, Was man auf dem Berge sieht, symphon. Dichtung Nr. 1 — Rich. Strauss, Don Juan, symphon. Dichtung nach Nic. Lenau's dramatischem Gedicht; Wagner, Ouvertüre z. Op. „Der fliegende Holländer“

Karten f. num. Plätze zu 12, 8 u. 6 M., f. nichtnum. Plätze zu 4 u. 3 M. zuzügl. Steuer. Vorverkauf **Joh. Hoffmann**, Buchhandlung, Hauptstr. 36.

Münchritz: Zentral-Lichtspiele.
 Mittwoch, 26. und Donnerstag, 27. 10.:
Die Hache im Goldtal
 Bildwerk-Reiterdrama in 5 Akten.
 Dazu das tolle Lustspiel:
Karlhens Vaterfreuden.
 Die Direktion.

Neueste **Zafchen-Fahrpläne**
 für **Riesa**
 (Straßenbahn, Eisenbahn u. Dampfboot) a. Verkauf vorrätig (Std. 40) in der **Tageblatt-Druckerei** Riesa, Goethestraße 59.

Salzheringe
 1921 er Largefüß
 1921 er Fülls
 1921 er Matties
 1921 er Sloefülls
 1921 er Baarheringe

empfehlte sah- und schodweise
S. Grubbe, Bismarckstr. 33a. Telefon Nr. 659.

Der Näh- und Zuschneide-Kursus bes. am 25. Okt. nachm. 6 Uhr.
Fr. M. Hauck, Albertstr. 11.
Korbweiden
 hat zu verkaufen Seidel, Gohlitz, Post Röderrath.

Vereinsnachrichten
Rieser Sportverein e. V. Dienstag 7.30 Uhr Spiel-ausschub, 8 Uhr wichtige Vorstandssitzung. Die Erscheinen aller Vorstandsmitglieder unbedingt erforderlich.
Mittwoch 8 Uhr Schlachthof Besprechung: Gründung einer Vorabteilung. Freitag 8 Uhr Barth Spielersammlung, wichtig, Konfordia-Spiel-Kommers. Alles weitere Auszug Barth — Vereinszeitung.
Reichvereinigung ehemal. Kriegsdienstgänger. Dienstag abend 7.30 Uhr Vorstandssitzung in der Eldterstraße. Erscheinen aller Mitglieder erwünscht.

Bäsche zum Waschen und Blätten
 nimmt an **Fanny Hentschel, Waschanstalt „Edelweiß“ Gröba, Dänenstraße, 57b.**

Für alle Aufmerksamkeit und Ehrungen anlässlich unserer Vermählung **danken herzlich.**
 Gröba, 24. 10. 1921.
Richard Schärer und Frau.

Schnelle u. zurecht. Erwirg. v.
PATENT Muster Schutz
 u. Warenzeichen. Seit 1901 bekannt u. empf. Beratung u. Auskünfte persönlich od. briefl. Patentbüro Krüger, Dresden-A., Schloßstraße 2.
VERWERTUNG

Rieser Sportverein Riesa e. V. Vorabteilung.
 Interessenten wollen sich zwecks Besprechung Mittwoch abend 8 Uhr in Schlachthof einfinden.

Pianino
 od. guter kleiner Flügel a. Preisat sol. zu kauf. od. Preis erbittet **Rud. Radberg, Gröba, Dänenstraße 57b, I.**
 Wer erteilt **Unterricht in Spanisch?**
 Angebote unter O Q 7539 an das Tageblatt Riesa.

Für die von uns anlässlich unserer Hochzeit besagten Glückwünsche und Geschenke sagen wir hierdurch allen herzlichsten Dank.
 Riesa, 28. Oktober 1921.
Arno Rosemann u. Frau Marie geb. Urbaniaf.

Morgen Dienstag früh
Schellfisch Seelaachs Goldbarsch.
Clemens Bürger.
 Morgen Dienstag früh
ff. Schellfisch ff. Aablian ohne Kopf
 empfehlen **Carl Jigner, Gröba, Otto Jigner, Röderrath.**
 Morgen Dienstag früh
Seefisch
 frisch eintreffend.
Gruft Schäfer Radl.

Café Promenade.
 Heute, zum Jahrmärkte-Montag
Künstler-Konzert.
Oschatzer
 Schumann's helle Doppelfüß-Sparternseife
 Schumann's helle Kerntalg-Seife in Reis-Niegeln
 Schumann's reine, weiße Schmierseife
 Schumann's Salm-Terp.-Seifenpulver m. Benzol-Zusatz
 Schumann's milde Keroll-Settseife No. 1000
 sind langjährig bewährte, preiswerte Fabrikate zur Schonung der Wäsche und zur Körperpflege.
 Verkaufsstellen durch Plakate kenntlich.

Am Sonnabend abend verschied nach langen, schweren, mit großer Geduld ertragenen Leiden im hiesigen Krankenhaus meine innigstgeliebte Frau, meine einzige Schwester
Marlechen Beger geb. Puhlmann.
 „Ich habe einen guten Kampf gekämpft.“
 Riesa, 24. Oktober 1921.
 In stiller, tiefer Trauer **Ernst Beger Herbert Puhlmann** nebst **Braut** und übrige Hinterbliebene.
 Die Beerdigung findet Mittwoch nachm. 2 Uhr von der Friedhofshalle aus statt. Freundlichst zugedachte Blumenspenden nach Albertstr. 7 erbeten.

Morgen Dienstag früh
Seefisch
 frisch eintreffend.
Gruft Schäfer Radl.
 Dienstag, d. 25. Oktober, abends 8 Uhr
Monatsversammlung
 in der Eldterstraße. Bericht über die Tarifverhandlung mit dem Kleinhandel, sowie über die Tagung in Eisen. Zahlreichen Besuch erbetet der Vorstand.

Brikett-Ausgabe
 für Riesa-Land
 Dienstag, den 25. 10., Nr. 1-100. Mittwoch, den 26. 10., Nr. 101 bis 102 auf alle gemeldeten neuen Karten Oktober-November. Ausgabe nur 7-11 Uhr vormittags.
G. H. Schulze.

Am 22. Oktober, abends 11 Uhr verschied nach langem schweren Leiden in Gross-Schlagsdorf bei Lunzenau mein geliebter Gatte, unser guter Vater, Schwieger- und Grossvater, der
Kommissionsrat Max Schäfer
 Seniorchef der Firma Max Schäfer.
 Ladeunternehmung an den Umschlagsplätzen in Riesa vorm. Theodor Schäfer
 im Alter von 69 Jahren.
 Gröba b. Riesa, Leipzig, Kalkfeld, Windhuk, den 24. Oktober 1921.
Augusto Schäfer nebst trauernden Hinterbliebenen.
 Die Beerdigung erfolgt in Gross-Schlagsdorf Mittwoch nachmittag 1/2 1 Uhr vom Trauerhause aus.

Runkelrüben
 empfohlen per Zentner M. 18.—
H. G. Sering & Co., Wdr. 7.
Stroh samt weissenweisse ab allen Substanzen in höchsten Tagespreisen
Max Schumann, Bahnhof Böhla.
 Telefon: Amt Gröbena Nr. 50.

Die Reichsregierung zurückgetreten.

Berlin, 22. Oktober. Die Reichsregierung hat in ihrer heutigen Kabinettsitzung auf Antrag des Reichskanzlers Dr. Brüning beschlossen, dem Reichspräsidenten ihre Demission zu unterbreiten.

Die Begründung der Demission.

Der Reichskanzler hat dem Reichspräsidenten Sonntag abend um 7 Uhr die Demission des Kabinetts mit folgendem Schreiben überreicht:

Herr Reichspräsident!

In schwerer Stunde hatte sich das gegenwärtige Kabinett entschlossen, die Verantwortung für die Durchführung des Ultimatum zu übernehmen. Fünf Monate lang hat es eine Politik geführt, welche getragen war von dem Gedanken, die Stellung des Deutschen Reiches zu den Alliierten zu regeln und durch den ersten Willen der Erfüllung verlässlicher Verpflichtungen bis an die Grenze der Leistungsmöglichkeit zur Wiederherstellung Europas beizutragen. Es hat die dem deutschen Volke auferlegten überaus schweren Leistungen erfüllt, insbesondere den ungeheuren Vorkriegsbeitrag von 1 Milliarde Goldmark zum 31. August abgetragen. Die alliierten Staaten haben die Erfüllung der deutschen Verpflichtungen, vor allem die Durchführung der Entlastung, die unter großen Schwierigkeiten sich vollzog, anerkannt. Es durfte erwartet werden, daß im Hinblick auf Deutschlands Anstrengungen und auf sein ernsthaftes Bestreben, den vertraulichen Verpflichtungen treu zu bleiben, die Befehle der Alliierten rasch aufgehoben und hinsichtlich der Oberaufsicht eine Lösung gefunden würde, welche dem Reich die Befreiung des deutschen Volkes und der Oberleitung sowie den künftigen friedlichen Beziehungen zwischen den europäischen Nationen entspreche.

Statt dessen ist ein Diktat erfolgt, durch welches nicht nur weite Flächen des oberdeutschen Landes, sondern auch blühende deutsche Städte, der weitläufige überwiegende Teil aller Bodenschätze, vier Fünftel der Verarbeitungsmähten der deutschen Heimat entzogen werden sollen. Ein großer Teil der an Völkern fallenden Bevölkerung ist deutschen Stammes und deutscher Sprache und soll entgegen dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und entgegen dem klaren Ergebnis der Abstimmung unter Fremdherrschaft fallen. Niemals wird das deutsche Volk diesen Verlust, den es mehr als hinnehmen muß, verschmerzen.

Obwohl das Kabinett nach wie vor überzeugt ist, daß nur das aufrichtige Bestreben aller Teile, die vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen, die politische und wirtschaftliche Wiederherstellung Europas ermöglicht, ist es sich doch vollkommen klar darüber, daß die Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit und Erfüllungsmöglichkeit durch das schließliche Diktat für erheblich verengt haben, und daß somit für die Politik des Reiches eine neue Lage geschaffen ist.

In Würdigung dieser Tatsache hat das Kabinett beschlossen, den Auftrag zur Führung der Regierungsgeschäfte in Ihre Hände, Herr Reichspräsident, zurückzugeben.

In Ausführung dieses Beschlusses habe ich die Ehre, Herr Reichspräsident, Ihnen die Demission des Kabinetts mitzutellen.

Der Reichskanzler, gen. Dr. Brüning.

An die Überreichung der Demission schloß sich eine längere Aussprache über die politische Lage an, in deren Verlauf der Reichspräsident den Reichskanzler ersuchte, mit den übrigen Reichsministern die Geschäfte zunächst weiterzuführen, damit erklärte sich der Reichskanzler einverstanden.

Die Verhandlungen beim Reichspräsidenten.

Aus Berlin meldet WTB.: Der Reichspräsident empfing im Laufe des Sonntags zu Einzelgesprächen über die politische Lage den Reichspräsidenten Loh, vom Zentrum die Abgeordneten Dr. Spahn und Dr. Marx, von den Sozialdemokraten die Abgg. Müller und Wels, von der Deutschen Volkspartei die Abgg. Stresemann und Kestel, von den Demokraten die Abgg. Herles und Koch und von den Unabhängigen Sozialdemokraten die Abgg. Dr. Breitscheld und Crispian. Eine völlige Klärung der Lage ist bei diesen Besprechungen noch nicht herbeigeführt worden; die Verhandlungen werden heute fortgesetzt.

Zu den gestrigen Besprechungen der Vortrefflichen mit dem Reichspräsidenten meldet die „Berliner Montagspost“: Die Demokraten verbarren auf ihrem Standpunkt, sich an keiner Neubildung der Regierung auf der bisherigen Grundlage beteiligen zu wollen. Sie wollen sich nur an einer Kabinettsbildung auf breiterer Grundlage beteiligen. Der Einbeziehung der Deutschen Volkspartei steht aber die Tatsache entgegen, daß diese an ihrem Fraktionsbeschluss festhält, die Entsendung eines Reichskommissars zu den deutsch-polnischen Verhandlungen über ein Wirtschaftsabkommen über Oberösterreich abzulehnen. Der Plan, etwa nur ein Kabinett aus Vertretern des Zentrums und der Sozialdemokraten zu bilden, würde den Widerstand des Zentrums finden. So bliebe, wie das Blatt schreibt, also nur der Ausweg, ein Geschäftsministerium zu bilden, wenn nicht ein Umsturz bei der Deutschen Volkspartei eine Lösung der Krise hoffnungsvoller machen würde. In Kreisen der Deutschen Volkspartei wird der Gedanke vertreten, bei der Stellungnahme zu dem Vorsehlichen das politische Moment vom wirtschaftlichen Moment zu trennen. Man glaubt, der Text der Note lasse die Möglichkeit offen, daß die Entente anerkennt, eine Entsendung von Reichskommissaren für die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen bedeute noch keine Annahme der Gesamtnote. Auf der Grundlage einer Rechtsverwahrung gegen die Note, die auch die Demokraten verlangen, könnte es dann zu einer Einigung der Parteien kommen.

Die Berliner Presse zum Kabinettsrücktritt.

Der „Vorwärts“ betont: Die Sozialdemokratische Partei kann es den bürgerlichen Koalitionsparteien nicht verwehren, nach rechts hin zu verhandeln, sie wird aber fordern, daß genau ebenso nach links hin verhandelt wird. Die „Germania“ stellt fest: Die Politik Brüning war richtig, trotz der schlimmen Erfahrung mit Oberösterreich! Wir haben es immer betont und hervorgehoben, sie war eine Politik auf lange Sicht, deren Ergebnis nicht von heute auf morgen zu erwarten ist. Darum wäre nichts verfehlter, als sie nun nach kaum vierjähriger Wirksamkeit verwerfen zu wollen. Sie muß vielmehr durchgehalten werden, auch wenn Mißerfolge sie begleiten. Das „Berl. Tagebl.“ schreibt: Es hat den Anschein, als ob sich eine Wiederkehr im Reichstage für eine Annahme der Note mit einem Rechtsprotest finden wird. Es traut sich nur, welche Regierung diese Politik

durchführen soll. Die „Deutsche Illu. Ztg.“ fordert ein Rücktritt der nationalen Verteidigung in dem Sinne, daß es dem Reich solange die Leistungsfähigkeit bewahrt, bis die Welt eintrifft, daß es Wahrung ist, von uns Erfüllung des Unmöglichkeit zu fordern. Die „Köln. Ztg.“ spricht im Zusammenhang mit den ungarischen Vorgängen von „Sturmflängen“. Die „Freiheit“ schreibt: Der Sturz der Regierung Brüning ist auf alle Fälle in der gegenwärtigen Situation eine schwere Gefahr. Die Deutschnationalen triumphierten. Aber das deutsche Volk wird es teuer bezahlen, wenn dieser Triumph endgültig wäre. Er wird es nicht sein, wenn die deutsche Arbeiterklasse fest und geschlossen den bürgerlichen Parteien entgegentritt. Die „Deutsche Zeitung“ erklärt: Es verlaute, der Reichspräsident wird den bisherigen Kanzler Dr. Brüning mit der Neubildung der Regierung beauftragen. Heute, wo wir vor dem Ergebnis von Wien stehen als dem Schicksal Brüning'scher Außenpolitik, können wir nur mit Schauern daran denken, daß solche Politik sich fortsetzen könnte. Die „Kreuzzeitung“ betont: Es mühen sich viele Schwierigkeiten beseitigt werden, bevor die Koalition von Stresemann bis Scheidemann entstehen kann. Ob das überhaupt gelingen wird, erachtet sehr zweifelhaft. Es ist schon vorgekommen, daß ein Erledigter nur deshalb wieder aus Ruder kam, weil sich kein Nachfolger wollte finden lassen. Die „Deutsche Tagesztg.“ weist darauf hin, daß ein weiteres Verbleiben des Kabinetts Brüning — aber auch eines Kabinetts, das nur die Fassade geändert hätte — nach der oberdeutschen Ungehörlichkeit dem feindlichen Auslande das Gefühl geben müßte, es könne dem deutschen Volke alles zumuten, ohne ernsthaften Widerstand zu finden. Die „Tägliche Rundschau“ sagt: Ueber die Nachfolgerschaft Brüning läßt sich heute noch nichts probieren. Daß aber ein ungebildetes Kabinett Brüning nicht mehr in Frage kommen kann, sollten jetzt allmählich doch auch seine treuesten Gefolgsleute zugeben. Der „Berl. Lok.-Anz.“ erklärt: Ob Herr Brüning gegangen ist, um zu gehen oder um wiederzukommen, und ob, wenn er wiederzukommen beabsichtigen sollte, ihm dies gelingen wird — darüber auch nur eine Vermutung zu äußern, könnte nur der sich unterfangen, der von dem beispiellosen Turbulenzen innerhalb der Reichstagsparteien nicht die rechte Vorstellung hat.

Französische Pressestimmen zur Regierungskrise.

Zum Rücktritt des deutschen Reichskabinetts schreibt Saint Pierre in „Journal“, die Krise sei unvermeidlich gewesen. Das Ministerium Brüning sei zu schwach gewesen, um einem so heftigen Sturm, wie ihn die Entscheidung über Oberösterreich hervorgerufen habe, widerstehen zu können.

Es sei sehr schön, gegen eine Entscheidung zu protestieren, die man nicht verhindern könne. Der Protest sei kein Regierungsprogramm. Man müsse also in Deutschland zeigen, daß eine Mehrheit vorhanden sei, die fähig sei, die Gefahr eines offenen politischen Kampfes gegen die Alliierten zu wagen. Gustave Hervé erklärt in der „Victoire“, jetzt, da Reichskanzler Brüning seine Stelle geräumt habe, wünsche man in Frankreich im Interesse des republikanischen Deutschlands, daß er sein Ministerium neu bilde und die Macht wieder ergreife. Wenn die Volkspartei ohne sozialistisches Gegengewicht zum Herren der Macht würde, würde die Spannung zwischen Deutschland und Frankreich alsbald wieder einlecken, und das bedeute bei der ersten Verzögerung in den deutschen Zahlungen die Befehle des Inhabers. Dadurch würde das Werk der Basisierung Europas einen beträchtlichen Rückschritt erleiden ohne daß jemand davon einen Nutzen haben würde. In diesen entscheidenden Stunden liege das Schicksal Deutschlands in den Händen der deutschen Sozialisten. Der sozialistische „Populaire“ will wissen, man sei in deutschen sozialistischen Kreisen davon überzeugt, es sei der Wunsch Englands, daß die Volkspartei in die Regierung einträte und daß dies nicht ohne Einfluß auf die Haltung geblieben sei, die der Reichskanzler seit einiger Zeit einnahm und die zu seiner Demission geführt habe. Der Sturz des Ministeriums Brüning werde nicht nur in internationaler Hinsicht eine sehr wichtige Problematik auf. Das Ergebnis sei auch innerpolitisch für Deutschland nicht weniger wichtig. Das Blatt sagt unter gleichzeitigen Hinweis auf die Ereignisse in Ungarn, mehr denn je falle dem Proletariat Mitteleuropas, in erster Linie aber dem so mächtig organisierten Proletariat in Deutschland die Aufgabe zu, zu verhindern, daß die Reaktion wieder ans Ruder gelange. „Gantier“ stellt die Frage, ob es sich um eine Klausur des Reichskanzlers handle, und ob der Reichspräsident ihm die Bildung eines neuen Ministeriums auf erweiterter Grundlage anvertrauen werde. Das wäre nach Ansicht des Blattes die meiste Lösung im Hinblick auf die deutschen Interessen, aber es sei auch nicht unmöglich, daß das Land einen Versuch mit einer rechtsstehenden Regierung unter Ausschluß der Sozialdemokraten machen werde. Unerlässlich sei es, daß die Alliierten sich entschlossen zeigten, die Ausführung ihrer Entscheidungen aufzuweichen. „Gaulois“ fragt, ob man schon die Maßnahmen geprüft habe, die man ergreifen müsse, wenn Brüning sich weigere, Delegierte für die wirtschaftliche Kommission zu ernennen. Deutschland müsse wissen, daß, wenn es die Zeitung mit Oberösterreich nicht annehme, es damit alle Rechte auf die Gebiete verliere, die ihm zugesprochen seien.

Der neue Butsch des Kaisers Karl.

Kaiser Karl im Flugzeug in Oedenburg eingetroffen.

Das Wiener Telegraphen-Korrespondenz-Büro berichtet: Nach einer Meldung, die im Laufe der Nacht zum Sonntag abend einer Wiener Entente-Mission zuzuführen, ist der frühere Kaiser Karl Freitag nachmittags mittels Flugzeuges in Oedenburg eingetroffen.

Der Standpunkt der ungarischen Regierung gegenüber dem unerwarteten Ereignis ist, daß König Karl im Sinne des Gesetzes, Artikel 1, vom Jahre 1920, gegenwärtig die Ausübung der Herrscherrechte in Ungarn nicht übernehmen kann und das Gebiet des Landes abermals verlassen muß. Die Regierung hat die nötigen Verfügungen getroffen. Wie in Wien berichtet wird, ist die ungarische Regierung seit Entschlossen, ihren im amtlichen Bericht dargelegten Standpunkt weitestgehend zur Geltung zu bringen, zumal seitens Englands in den Vormittagsstunden des Sonntags eine mündliche Vorstellung erfolgt sei, in der England dagegen protestierte, daß König Karl die Herrschaft wieder übernehme.

Der Wiener „Neuen Freien Presse“ zufolge ist die Ex-Königin Jitta mit Karl in Oedenburg gelandet, wo alles für ihre Aufnahme bereit gewesen sei, woraus hervorgeht, daß der Butsch von langer Hand vorbereitet war.

Die Verteidigung der Oedenburger Truppen auf König Karl.

Wie die Wiener Blätter aus Oedenburg erfahren, wurden die in Oedenburg stationierten Truppen alarmiert und ihnen von Sebedus in einer Ansprache mitgeteilt, daß Karl wieder nach Ungarn zurückgekehrt sei, um die Regierungsgewalt zu übernehmen. Die Truppen wurden an ihren Eid für den König erinnert. Auch Oedenburg hielt eine Ansprache. Die Truppen nahmen die Mitteilungen mit Eifer an und auf König Karl auf und lebten hierauf in die Kasernen zurück, wo sie in Bereitschaft blieben. Nach einer Meldung der „Neuen Freien Presse“ hat Karl persönlich die Oedenburger-Truppen vereidigt. Man nehme an, daß er mit diesen Truppen nach Budapest marschieren werde.

Der Kaiser in Raab.

Das Ungarische Korrespondenz-Büro meldet: König Karl ist mit Gefolge Sonntag vormittag aus Oedenburg in Raab eingetroffen. Am Nachmittag legte er die Reise nach Komorn fort. Das Wiener Tel. Korr.-Büro meldet aus Budapest: Die Verlauten, wurden zwischen Raab und Budapest die Eisenbahnschienen aufgeschoben, so daß der aus Raab abgelassene Zug des Ex-Königs Karl Halt machen mußte.

Der vor dem Zuge des Kaisers fahrende Aufklärungszug traf nach mehrmaligen Unterbrechungen Sonntag um 1 Uhr nachts in Budapest ein. Hier fand er die Gleise verarmelt. Die Truppen des Reichsverweisers ergriffen die energischen Maßnahmen, worauf der Aufklärungszug zurückkehrte. Ueber die Stärke der dem früheren Kaiser zur Verfügung stehenden Truppen verlaute, daß er außer über zwei ausländische Freiwilligen-Kompanien über die Oedenburgerischen Bataillone verfüge. Die Garnisonen von Raab und Komorn sind insgesamt 10 000 Mann stark.

Die Lage in Budapest.

Künftig wird aus Budapest gemeldet, daß General Rogo zum bevollmächtigten Militärkommandanten ernannt und beauftragt worden ist, den Befehl der ungarischen Regierung, wonach König Karl derzeit in Ungarn die Herrscherrechte nicht ausüben könne, mit allen Mitteln Geltung zu verschaffen. Der Ministerrat beschloß, den Kaiser Karl zu senden, um ihm die außenpolitische Lage auszuhandeln und ihn zum Verlassen des Landes zu be-

wegen. Das Wiener Korr.-Büro meldet aus Budapest: Hier herrscht heftigste Erregung. Das äußere Straßenbild ist wenig verändert. Im Laufe der Nacht zum Sonntag sind die Donaubrücken von der inzwischen mobilisierten Truppenmacht besetzt worden. In den frühen Morgenstunden wurden Plakate angehängt, in denen die Verhängung des Staatsrechtes über Budapest und die Budapest Komitate bekannt gegeben wird. Die Plakate enthalten sich zum Teil in Kommentars und weisen große Sentimentalität auf. Der dem Reichsverweiser nahestehende „Szeged“ greift die Plakatschriften in scharfer Weise an. Ein Mitglied der ungarischen Regierung erklärte zu der Ankunft des Königs Karl, sein unbedachtlicher Schritt habe das Land in eine schwere Lage versetzt. Die ungarische Regierung habe zum ersten Male konkrete außenpolitische Erfolge aufzuweisen gehabt, und auch in innerpolitischer Beziehung habe das Land sich konsolidiert. Nicht nur die Anhänger der freien Königswahl, sondern auch die Legitimisten seien über diesen leichtsinnigen und übereilten Schritt entsetzt. Die Regierung habe unverzüglich Verfügungen zur Wahrung des inneren Friedens und der außenpolitischen Sicherheit des Landes getroffen.

Eine Note der Entente.

Die Vertreter der alliierten Hauptmächte in Budapest überreichten der ungarischen Regierung eine Note, in der unter Berufung auf den Schritt am 3. April 1921 der Beschluß des Völkerkongresses vom 4. Februar 1920 in Erinnerung gebracht wird, demzufolge die Restauration eines Habsburgers den Frieden gefährde. Die ungarische Regierung wird daher neuerdings aufgefordert, unverzüglich Maßnahmen zur Entfernung des Königs zu unternehmen. Der Minister des Auswärtigen Graf Banffy teilte den Vertretern der alliierten Hauptmächte mit, daß die ungarische Regierung in dem Sonnabend vormittag abgeschlossenen Ministerrat beschloßen habe, daran festzuhalten, daß König Karl die Herrscherrechte in Ungarn derzeit nicht übernehmen könne und daher das Land unverzüglich verlassen müsse. Die ungarische Regierung habe zu diesem Zwecke alle Maßnahmen getroffen. Den sodann vorpresidierenden Vertretern Rumaniens, Serbiens und der Tschecho-Slowakei wiederholte Graf Banffy diese Erklärungen.

Eine Schlacht bei Budapest.

Das Wiener Korr.-Büro meldet aus Budapest: Seit den frühen Morgenstunden des Sonntags ist in der Umgebung von Budapest eine Schlacht im Gange. Von Zeit zu Zeit hört man dumpfen Kanonendonner. Es verlaute, daß der Schauplatz der Schlacht bei Budapest sei.

Die Beförderung der Truppen des Ex-Königs wurde, nachdem die Gleise bei Budapest wieder in Ordnung gebracht worden waren, in sieben Zügen durchgeführt. Sie geht in Richtung auf Budapest. Die im Gange befindliche Schlacht der Truppen des Ex-Königs und der Regierung dauert an. Die Haltung der Regierungstruppen ist einwandfrei. In Regierungskreisen hoffte man, die Situation bis zum Eintreffen von Verstärkungen aus der Provinz, die für den Sonntag nachmittags erwartet wurden, halten zu können.

Nach den in Wien eingetroffenen Meldungen hat der Ex-König seinen Entschluß, mit den in Pestungarn zusammengezogenen Truppen nach Budapest zu marschieren, erst gefaßt, nachdem er Informationen erhalten hatte, daß die Regierung keinen eine Beteiligung an seinem Unternehmen ablehne. General Sebedus und das De-

schement Ostenburg befinden sich beim Erzherzog. Die Ostenburg Garnison ist Sonntag früh zur Verhinderung der Truppen des Erzherzogs abgegangen. In Ostenburg sind nur 500 Gendarmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung zurückgelassen. Die Stärke der Truppen des Erzherzogs beläuft sich auf ungefähr drei Divisionen. In Begleitung des Erzherzogs befand sich neben dem Oberst Ostenburg auch der Oberst Lehar-Budapest. Die Garnison von Raab ist durch Ueberraschung dazu gebracht worden, dem König den Treueid zu leisten. Das Raaber Infanterieregiment ist verfassungstreu geblieben. Die west-ungarischen Insurgenten haben der ungarischen Regierung ihre unerschütterliche Treue versichert.

Das ungarische Telegraphen-Büro meldet nichtamtlich: Als die Regierungstruppen zum Angriff übergingen, erschien Feldmarschallleutnant Hegedues als Parlamentarier der Parteien bei der Regierung zwecks Anbahnung von Verhandlungen. Diese scheiterten jedoch, da die Regierung an ihrem ursprünglichen Standpunkte festhielt. Hegedues kehrte darauf zum Erzherzog zurück. Der Sonnabend nachmittag von der ungarischen Regierung nach Raab entsandte Kultusminister B. A. H., der in Begleitung verschiedener Herren die von der Entente der ungarischen Regierung übermittelte Note zur Kenntnis des Erzherzogs bringen sollte, wurde vom Erzherzog nicht empfangen. Die Mitteilung wurde von Rakosky entgegengenommen. Die Erklärung soll jedoch auf den Erzherzog und seine Begleiter keinen Eindruck gemacht haben.

Reichsdeputierter Gortis begab sich Sonntag früh, um sich von den getroffenen Maßnahmen persönlich zu überzeugen, zu den Truppen, die das Ostenburg Militär abgehalten haben. Die verlassenen rücken bei Raab Truppen in unbekannter Stärke unter Führung des Oberleutnants Gecaj vor und greifen Ostenburgs Truppen im Rücken an.

Ungeheures Verbrechen.

Das tschechoslowakische Pressebüro meldet aus Preßburg: Um drei Uhr nachmittags wird aus Budapest gemeldet: Die Schatzkammer bei Budapest zwischen den beiden Parteien darunter bis 11 Uhr vormittags, worauf ein Wasserhahn in Raab eintrat. Es gab auf beiden Seiten Tote und Verwundete. Der Minister in Budapest dankte bis 11 Uhr. Ueber das Ergebnis künftiger Verhandlungen ist die Ansicht der Verhandlungen über den Waffenstillstand haben sich Ostenburgs Truppen um ein 10 Km. zurückgezogen. Inzwischen habe sich die Lage der Regierungstruppen verschlimmert. Die Ankunft des Erzherzogs wird jeden Augenblick erwartet. Es verbreitet sich das Gerücht, daß die tschechoslowakische Republik sich im Kriegszustand mit Ungarn befinde. Auf der Donau kreuzen französische Monitore. Die Stadt hat noch ein ruhiges Aussehen. In der Öffentlichkeit herrscht völlige Unwissenheit.

Das Kabinett König Karls.

Der frühere König Karl hat folgendes Ministerium ernannt: Rakosky Präsident und Justiz, Andrasz Kerekes, Benegzo Inneres, General Schuebler Krieg, Dr. Gray Finanzen, General Hegedues wurde zum Oberkommandierenden ernannt.

Die Stimmung in Oesterreich.

Bei Besprechung der Ereignisse in Ungarn weist die Wiener „Neue Freie Presse“ auf die unruhige Stimmung, die im Parlament und in der Bevölkerung herrschen. Hin. Das allgemeine Urteil geht dahin, daß Oesterreich vorläufig nicht bedroht und eine Änderung seiner Verfassung und eine Umwälzung nicht zu befürchten sei. Laut Staatskorrespondenz berichtete Bundeskanzler Schober in einem vorgestern abgehaltenen Ministerrat über die im Zusammenhang mit der Ankunft des vormaligen Kaisers Karl in Ungarn getroffenen Maßnahmen. Danach wird die Regierung jedem Veruche, die öffentliche Ruhe und Ordnung in Oesterreich zu stören, die öffentlichen Mittel entgegenzutreten. Die „Arbeiterzeitung“ sowie die Reichsparteileitung der großdeutschen Volkspartei veröffentlichten in der deutsch-österreichischen Tageszeitung Aufrufe an die Parteigenossen, in denen unter Entwerfung auf die Gefährdung der Republik zum Eintritt in die Reichswehr aufgefordert wird, die nicht einmal über die im Vertrag von St. Germain vorgesehenen Befugnisse verfügt. Wie eine Zeitungskorrespondenz aus Innsbruck meldet, sind im Zusammenhang mit der Anwesenheit des vormaligen Kaisers Karl in Ungarn zur Vermeidung eines monarchistischen Aufschwunges die beiden Führer der Innsbrucker Monarchisten Leitl und Peizer in Schutzhaft genommen worden.

Die Haltung der Tschechoslowakei und der Kleinen Entente.

Aus Prag wird gemeldet: Ueber die Ministeratsitzung am Sonntag wurde eine amtliche Mitteilung ausgegeben, in der es u. a. heißt: Am 23. Oktober fand ein außerordentlicher Ministerrat statt, der über die durch den wiederholten Umsturzversuch Karls von Habsburg in Ungarn hervorgerufenen Ereignisse verhandelte. Nach der Darlegung des Ministerpräsidenten Dr. Benes über den Stand der Ereignisse wurde bezüglich der Vorkehrungen, welche am Sonnabend getroffen worden waren, festgestellt, daß alles Nötige zur Verteidigung der Interessen der Republik unverzüglich durchgeführt wurde. Das Einvernehmen zwischen den Mitgliedern der Kleinen Entente sei vollständig und die notwendigen Maßnahmen wurden gemeinsam getroffen. Ebenso ist für die weitere Aktion ein völlig einheitliches Vorgehen vorgesehen. Nach den diplomatischen Schritten am Sonnabend werden weitere, insbesondere militärische Maßnahmen getroffen werden. Der Ministerrat hat beschlossen, daß alle notwendigen Maßnahmen zu einer Teilmobilisierung zu treffen seien. Die betreffenden Ministerien haben bereits ihre Vorbereitungen getroffen. Die Regierung der Tschechoslowakischen Republik und die anderen Regierungen der Kleinen Entente sind entschlossen, alles zu tun, daß das habsburgische Problem endgültig erledigt wird. Ebenso ist die Regierung entschlossen, gemeinsam mit ihren Verbündeten für die unverzügliche Durchführung der Friedensverträge alles zu unternehmen.

Die tschechoslowakische Republik braucht nicht zu betonen, daß ihre Politik eine Politik des Friedens war und ist und dies insbesondere bezüglich Ungarns in vollem Maße bewiesen hat. Auch bei diesem Ereignis aber wird sie konsequent die Republik und die Demokratie verteidigen.

Was Belgrad wird berichtet, daß auf die Nachricht von der Rückkehr des Erzherzogs nach Ungarn der Ministerrat zusammentrat und beschloß, die dringenden Anordnungen zur Wahrung der nationalen Interessen zu treffen.

Die italienische Regierung hat die jugoslawische Regierung benachrichtigt, daß sie die Schrittzurück der jugoslawischen Regierung gegen das Unternehmen des Erzherzogs Karl unterstützen werde.

Obwohl die serbischen als auch die rumänischen und kroatischen Blätter in Belgrad wenden sich gegen das Unternehmen des Erzherzogs Karl und verlangen von ihren Regierungen schärfste Maßnahmen. „Jutro“ schreibt, durch das neue Unternehmen des Erzherzogs sei der Friede Mitteleuropas schwer bedroht. Der Verzicht einer Chronik der Ereignisse Erzherzog Karl bilde eine Bedrohung der Völker, die sich eben erst ihre Freiheit erkämpft haben.

Eine Mitteilung des Schweizerischen Bundesrats.

Der Schweizerische Bundesrat veröffentlicht folgende amtliche Mitteilung:

König Karl von Ungarn hat am Sonnabend den 22. Oktober 1921, dem Bundesrat schriftlich mitgeteilt, daß, wie er behauptet, seine ungarischen Getreuen ihn unter Darlegung schwerwiegender Gründe seiner eidschwörischen Pflicht gemäß aufgefordert haben, mit der Königin unverzüglich nach Ungarn zu kommen. Der König und die Königin haben am 20. Oktober gegen Mittag die Schweiz von Dübendorf aus in Begleitung von drei anderen Personen im Fliegensessel verlassen. Der Bundesrat stellt bei diesem Anlaß erneut fest, daß der König sich am 18. Mai in Vertretenem verpflichtet hat, sich jeder politischen Tätigkeit zu enthalten und dem politischen Departement von jeder beabsichtigten Abreise mindehens drei Tage vorher Kenntnis zu geben. Am 5. Oktober 1921 hat der König den Anlaß einer Ansprache benützt, um durch einen besonderen Beauftragten noch erklären zu lassen, er erachte sich durch die am 18. Mai 1921 ihm in Vertretenem unterbreiteten und von ihm angenommenen Bedingungen immer noch rückhaltlos gebunden. Der Bundesrat stellt sich deshalb zu seinem Behauern an der Festhaltung gezwungen, daß der König durch seine Handlungsweise das ihm gewährte Asyl mißbraucht und insbesondere sein Verbleiben in der Schweiz ohne die Schweiz ohne die ausbedingene Anzeige verlassen hat.

Gegen den Raub oberösterreichischen Landes.

Ausgangspunkt beimattreuer Oberösterreicher in Berlin. Gegen den Raub uralten deutschen Landes und die Vergewaltigung unserer oberösterreichischen Brüder veranstalteten Sonntag nachmittag die Vereinten Verbände beimattreuer Oberösterreicher im Berliner Volkspark eine würdige und eindrucksvolle Kundgebung, an der trotz des kühnen Wetters viele Tausende deutscher Männer und Frauen teilnahmen. Am Rufein, vor dem Dom, am Denkmal Friedrich Wilhelm III. und am Schloß sammelten sich die aus allen Stadtteilen herbeigeströmten Gruppen mit weiß-geblauem Fahnen und Plakaten. Redner der Deutschen Nationalen Volkspartei (Dawrens), der Deutschen Volkspartei (Marek), der Demokraten (Dietrich), desentrums (Parrer Wiska) und der Reichsdeutschen (Karl) sowie führende Männer aus Oberösterreich hielten zündende Ansprachen, die mit brausen dem Beifall aufgenommen wurden.

Zum Schluß der Kundgebung wurde folgende Resolution

Einmütig angenommen: Der Oberste Rat hat auf Grund des Völkerbunds-Entschens über Oberösterreich nicht in der Weise entschieden, wie wir es nach dem Ausfall der Volksabstimmung und dem Wortlaut des Friedensvertrages zu erwarten berechtigt waren. Es werden durch diesen Gewaltspruch große Teile unserer deutschen Oberösterreich rein deutsche Städte und deutsche Industrien Polen zugesprochen. Oberösterreich, das durch deutsche Arbeit und deutsche Tüchtigkeit in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung eine Einheit bildet, wird durch einen willkürlichen Strich zerrissen. Sieht so das uns angehende Selbstbestimmungsrecht der Nationen aus? Aberkennung von deutschen Beamten und Arbeitern werden durch den Nachspruch brodeln. Die Berliner Bevölkerung ist infolge des drohenden Kohlenmangels der Gefahr ausgesetzt, im kommenden Winter zu frieren und zu hungern. Trotzdem allein an Kohle 70 Prozent der oberösterreichischen Produktion entzogen werden, müssen die Kriegsentwicklungsleistungen an Geld und Schwermetallen ungehindert bestehen bleiben. Diese Zahlungsverpflichtungen können wir unmöglich halten. Das in Waffen starrende Frankreich hat blühende Industrien dem Militär verschlingenden Militarismus in Polen zugesprochen. Französischer Haß und polnische Götter haben deutsche Landesteile polnischer Verelendung ausgesetzt. Recht und Gerechtigkeit haben anscheinend aufgehört für uns Deutsche zu bestehen.

Ein Verweissungsschrei über die jeder Gerechtigkeit höhnernde Entscheidung über diese unerhörte Vergewaltigung eines Volkes, über den unerhörten aller Rechtsbrüche dringt aus Oberösterreich zu uns. Unsere oberösterreichischen Brüder und Schwestern, die der brutalen Fremdherrschaft ausgeliefert werden, sollen überzeugt sein, daß wir ihnen unerschütterliche Treue bewahren. Wir bitten sie, den Glauben an die Zukunft des deutschen Volkes festzuhalten und mit uns alle Kraft einzusetzen, auf daß der Tag erlaube, an welchem die Grenzpfähle fallen, die man jetzt künstlich zwischen uns und ihnen errichten will. Wir weisen die von dem Obersten Rat getroffene Entscheidung über das Schicksal Oberösterreichs, als rechtswidrig und dem Friedensvertrag nicht entsprechend, zurück. Niemand können wir uns mit dem ungerechten Richterspruch von sieben und sechshundert gestimmten Staatsvertretern einverstanden erklären, die Oberösterreich nicht im entferntesten kennen. Wir weisen diese Entscheidung zurück, weil sie ohne Mitarbeit der Vereinigten Staaten erfolgt ist, deren Grundbesitz in Bezug auf „Gerechtigkeit, Verständigung und Verbesserung“ für die Abstimmung in Oberösterreich maßgebend sein sollten. Niemand werden wir den Akt der Gewalt, niemals den gegen den Ausfall der Volksabstimmung getroffenen Spruch des Obersten Rates, der ohne Anhörung der oberösterreichischen Vertreter erfolgt ist, als Recht anerkennen. Wir werden nicht aufhören, auf Grund des uns feierlich verbrieften Selbstbestimmungsrechtes zu verlangen, daß die geräuberten Teile unserer oberösterreichischen Muttererde dem deutschen Vaterlande zurückgegeben werden. Wir verlangen von der deutschen Regierung, im Namen des deutschen Volkes bei dem Obersten Rat den stärksten Protest gegen diese Verletzung zu erheben, und gemahnen sie an ihre Pflicht, unsere deutschen Brüder und Schwestern in Oberösterreich, die jetzt wider jedes Recht zur polnischen Knechtschaft verurteilt worden sind, zu schützen und dafür zu sorgen, daß das geistige Band zwischen uns und ihnen nicht zerrissen werde.

Dann löste sich die Versammlung auf, und in einzelnen Gruppen marschierten die Teilnehmer unter Abführung vaterländischer Lieder nach ihren Sammelpunkten ab.

Rücktritt des Grafen Praschna.

Die „Oppeller Zeitung“ meldet: Wie wir erfahren, hat der deutsche Bevollmächtigte des Abstimmungsbezirks Oberösterreich, Graf Praschna, unmittelbar nach der Veröffentlichung der Entscheidung des Völkerbundesrates, sein Amt niedergelegt.

Die neue Steuerungsaktion der Beamten.

Eine Erklärung des Beamtenbundes. Vom Zeitungsblatt des Deutschen Beamtenbundes wird B. Z. B. geschrieben: Im Anschluß an die seitens der Zeitung des Deutschen Beamtenbundes bereits vor geraumer Zeit wieder aufgenommene Fortführung der Steuerungsaktion sind in Besprechungen mit dem Reichsfinanzminister, räum auch jetzt wieder dringliche Vorstellungen erhoben worden wegen der unerschütterlichen Inanspruchnahme der sogenannten zweiten Gruppe der Steuerungsaktion für die Beamtenenschaft. Sollten die vom Deutschen Beamtenbunde zu fordernden grundsätzlichen Maßnahmen namhafte Erhöhung der Grundgehälter, Befreiung der Crisistagen, spannung, Erhöhung der Gehälter für die gering besoldeten Gruppen sich weiter hinausziehen, so müßte für die Beamtenenschaft

deren Lebensfähigkeit durch die außerordentliche Teuerungsmasse auf Konsumstoffe gefährdet wird, die Anwendung außerordentlicher Hilfsmittel notwendig gemacht werden. Die endgültige Klärung dieser Fragen ist durch die für die nächsten Tage in Aussicht genommenen Verhandlungen zu erwarten.

Kein Streik der Lokomotivführer.

B. Z. B. meldet: Wie wir hören, hat die Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer sich in letzter Stunde dazu entschlossen, von einem Eintritt in den Streik abzusehen. Der Entschluß der Gewerkschaft kann nur begrüßt werden. Es wäre bei der jetzigen wirtschaftlichen und politischen Lage unverantwortlich gewesen, die Arbeit niederzulegen wegen einer Meinungsverschiedenheit über eine Frage, die seit Monaten bis in die letzten Tage den Gedanken abgelenkt. Der Entschluß der Gewerkschaft kann nur begrüßt werden. Es wäre bei der jetzigen wirtschaftlichen und politischen Lage unverantwortlich gewesen, die Arbeit niederzulegen wegen einer Meinungsverschiedenheit über eine Frage, die seit Monaten bis in die letzten Tage den Gedanken abgelenkt. Der Entschluß der Gewerkschaft kann nur begrüßt werden. Es wäre bei der jetzigen wirtschaftlichen und politischen Lage unverantwortlich gewesen, die Arbeit niederzulegen wegen einer Meinungsverschiedenheit über eine Frage, die seit Monaten bis in die letzten Tage den Gedanken abgelenkt.

Ein für den Streikfall verteilter Aufruf der Gewerkschaft sagt: „Lokomotivführer! Ist öffentliche Not!“ Gewiß ist bei der wachsenden Geldentwertung die wirtschaftliche Lage der Lokomotivführer schwerlich; aber die Not ist nicht nur auf dieser Beamtenklasse, sondern auf allen Beamten. Wie ein Mitglied der preussischen Regierung bereits bekannt gegeben hat, ist deshalb auch die Reichsregierung entschlossen, die Besoldungsverhältnisse aller Beamten zu verbessern. Die norddeutschen Arbeiter streben, wie wir hören, vor ihrem Abschluß.

Auslandsturm auf die deutsche Ware.

Während der letzten Wochen konnte man aus Wien erschreckende Berichte lesen, in denen geschilbert wurde, in welcher ungeheurerem Maße das Ausland den Tiefstand der österreichischen Krone zu Wareneinführen sich zu Ruhe mache. In Wien wurden ganze Geschäfte buchstäblich ausverkauft und die Bewegung griff auf die eigene Bevölkerung über. So daß sich eine wahre Kaufepidemie eingestellt, die die Preise wachstümlich in die Höhe trieb und schon äußerlich durch lange Schlangen vor den Läden, die teilweise nur durch Polizeiaufgebot in Ordnung zu halten waren, sich äußerten. Unter dem Einfluß des letzten großen Marktes, der nach leichtem Rückschlag am Sonnabend eine neue Fortsetzung gefunden hat, scheinen sich ähnliche Verhältnisse jetzt auch in Deutschland herauszubilden zu wollen. Der Kölner Oberbürgermeister hat sich telegraphisch an den Reichswirtschaftsminister gewendet und ihm mitgeteilt, daß Scharen von Ausländern die Geschäfte völlig leer kaufen, und daß die Bevölkerung, ohnehin schon durch den Kartoffelmangel gequält, in eine höchst beunruhigende Stimmung gerate. Er schlägt Verstärkungen der Aufsichtsbereitschaft und stärkerer Polizeiaufsichtungen der Grenze vor. Auch in Berlin sind gleich traurige Zustände zu konstatieren. Namentlich in der Textilbranche, die ohnedies schon unter dem Warenmangel leidet, ist eine Nachfrage des Auslandes zu konstatieren, die sich buchstäblich auf den letzten Meter Stoff und das letzte Maßstück erstreckt. Nehliches meldet man aus dem Schuhgewerbe, wo einige Geschäfte dazu übergegangen sind, überhaupt nur noch auf Aufträge von Privatkunden zu reagieren. Bei weiterer Fortdauer dieser Situation ist eine schwere Zerrüttung des heimischen Marktes nicht nur unbesorg auf die Preise sondern auch infolge auf die zur Verfügung stehenden Mengen unausweichlich. Die deutsche Öffentlichkeit wird sich also dem Ersuchen des Kölner Oberbürgermeisters um scharfe Eingriffe ohne jeden Vorbehalt anschließen.

Sturmschäden.

Der von Hamburg Sonntag um 12 Uhr mittags abgefahrene D. Zug, der in Berlin auf dem Reichert Bahnhof um 5.20 Uhr eintrafen soll, kam erst nach Mitternacht in Berlin an. In der Gegend von Gengenot waren durch den Sturm entwurzelte Bäume über die Geleise geworfen. Auch wurden durch den Sturmwind die Drahtleitungen zertrümmert, so daß von der Strecke keine Mitteilung zu erhalten war.

Auch in Berlin wurden durch den Sturm mehrere Schäden angerichtet. In einigen Straßen wurden die Bäume der Häuser abgedeckt. Im Tiergarten und im Grunewald wurden zahlreiche Bäume entwurzelt.

Aus Ralm wird gemeldet: Infolge eines starken Schneesturmes ist die Drahtverbindung mit ganz Mittel- und Nord-Schweden unterbrochen.

Verloren von armen Deuten ein Portemonnaie enthaltend Bogenlohn und eine Fahrkarte. Bitte gegen Belohnung abzugeben. T. Z. B. 1121.

Kleiner in Etui verloren. Bauführer. - Jahnshausen. Gegen Belohnung abzugeben. Bismarckstr. 6, 2.

Junge Frau sucht Beschäftigung f. halbe Tage. Offerten um 8 Q 7948 an das Tagesblatt Riesa.

Sie haben ein Recht

und den Anspruch auf pünktliche Zustellung des Nießner Tagesblattes - aber nur dann, wenn Sie rechtzeitig den Bezug erneuert haben. Vergessen Sie daher nicht auf Monat November (M. 6.) ohne Zustellungsgebühr sofort beim Postamt, den Zeitungsträger oder der Geschäftsstelle des N. Z. (Goethestraße 59) zur Vermittlung an die Zeitungsträger

das Nießner Tagesblatt zu bestellen.



„Du Frig, wie hab dich denn gestern gefühlt im Schützenhaus? - Ausgeschneit, Oskar! Ich geh heute abend gleich nochmal, da is von 10 Uhr an Damenwahl! - „Stu, da komm ich natürlich auch mit!“